



Karin Evers-Meyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Friesland-Wilhelmshaven

Evers-Meyer: Soziale Stadt-Projekte in Wilhelmshaven sind gefährdet

Kammer stimmt Kürzung der Haushaltsmittel zu

Berlin/Wilhelmshaven, 24. November 2010 – In der gestrigen Haushaltsberatung des Bundestags hat die SPD von der Regierung gefordert, die Kürzung der Städtebauförderung, insbesondere des Programms Soziale Stadt, zurückzunehmen. In namentlicher Abstimmung lehnten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, darunter auch MdB Hans-Werner Kammer (CDU) diesen Antrag ab. Es bleibt damit bei den Plänen der Regierung, das Programm Soziale Stadt von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro zu kürzen und die Förderung künftig auf reine Baumaßnahmen zu beschränken. Die hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer kritisierte diesen Beschluss heute in Berlin scharf.

Die Städtebauförderung insgesamt wird im Haushalt 2011 um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt. Am stärksten betroffen ist Soziale Stadt. „Für Wilhelmshaven sind das schlechte Nachrichten. Denn jetzt sind die Projekte aus dem Programm Soziale Stadt in Wilhelmshaven gefährdet“, so die Evers-Meyer. „Hans-Werner Kammer wird dem Oberbürgermeister, den Quartiersmanagern und den Menschen in Wilhelmshaven erklären müssen, warum erfolgreiche Soziale Stadt-Projekte nun ohne Perspektive sind.“

Evers-Meyer sieht in der Kürzung von Sozialer Stadt das faktische Aus für das Bundes-Länder-Programm. Das Programm verknüpft seit 1999 bauliche mit sozial-integrativen Maßnahmen und beteiligt Bewohner und Bewohnerinnen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds. Die Evaluation des Programms 2004 habe gezeigt, dass es nur so gelingen kann, die Lebenssituation der Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. „Die Regierung hat nicht begriffen, dass allein Investitionen in Beton nicht ausreichen, um die Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. Denn wenn der soziale Kitt nicht hält, ist auch das Geld für Gebäude und Wohnumfeld in den Sand gesetzt“, sagte Evers-Meyer.

„Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen zehn Jahren mit dem Programm Soziale Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte angeschoben haben und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben“, so Evers-Meyer. In Wilhelmshaven werden seit 2001 städtebauliche Projekte in der Südstadt mit dem Programm Soziale Stadt gefördert.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G